

Halbzeit im Bundeshaus

Kommentar

Scheitern erlaubt

Man konnte von der Idee halten, was man will – unkonventionell war sie zweifellos: Wer andere dazu motiviert, sich gegen Corona impfen zu lassen, sollte einen Gutschein im Wert von 50 Franken erhalten. Das schlug der Bundesrat vor zwei Wochen vor. Nun hat er den Vorschlag beerdigt. Eine peinliche Niederlage? Ein unsäglicher Patzer? Von wegen!

Zumindest aus demokratiepolitischer Sicht ist der Rückzieher eine gute Nachricht. Der Bundesrat hat nämlich genau das getan, was das Epidemien-gesetz verlangt: Er hat eine Konsultation durchgeführt und sich eines Besseren belehren lassen. Die Kantone kritisierten die Impfgutscheine scharf, geisselten sie wahlweise als «erpresserisch», «unethisch» oder «unschweizerisch». Die Landesregierung hat die Bedenken brav erhört – was in dieser Krise beileibe nicht immer der Fall war. «Trial and Error» nennt man dieses Prinzip; versuchen und scheitern also. Es ist ein Allgemeinplatz, aber es stimmt: Ideen sollen auch scheitern dürfen. Vor allen Dingen in einer nie da gewesenen Krise, für deren Lösung es keine vorgefertigten Rezepte gibt. Ansonsten besteht die Gefahr, dass Ideen erst gar nicht mehr formuliert werden.

Denn solche sind weiterhin dringend gefragt: Die schnelle Durchimpfung ist der beste Weg, um die Pandemie zu beenden. Doch das Impftempo ist in der Schweiz zu langsam. Und es wird von Tag zu Tag mühsamer und teurer, noch mehr Menschen von einem Piks zu überzeugen.



Sven Altermatt
sven.altermatt@chmedia.ch

Gesagt

«In zehn Jahren werden wir zurück in der EU sein, wahrscheinlich sogar früher.»

Steve Bray, selbst ernannter «Erzfeind des Brexits». **Ausland**

Lotto

Schweizer Zahlenlotto

1, 13, 24, 26, 32, 35 Glückszahl: 3
Replay-Zahl: 4 Jokerzahl: 6 4 3 5 9 1
13.10.2021

Deutsches Zahlenlotto

4, 7, 10, 18, 31, 35 Super 6: 7 4 0 2 0 4
Superzahl: 5 Spiel 77: 3 1 1 6 4 8 0
13.10.2021

Österreichisches Zahlenlotto

7, 9, 18, 21, 34, 40 Zusatzzahl: 38
Joker: 3 8 9 0 5 3
13.10.2021

Euromillions

6, 13, 22, 45, 49 Sterne: 10, 11
2. Chance: 1, 18, 20, 34, 37
Super-Star: X 4 5 6 K 12.10.2021
Alle Angaben ohne Gewähr

Wie aus Grün plötzlich bürgerlich wurde

Mit den Wahlen wurde das Parlament jünger, grüner und weiblicher. Dann stoppte die Pandemie die grüne Welle. Zur Halbzeit der Legislatur steht fest: Das Parlament tickt bürgerlicher als gedacht. Die Sieger drohen zu Verlierern zu werden.

Othmar von Matt

Alles begann wie immer. Die 51. Legislatur startete im Dezember 2019 mit dem Budget. Es sah für das nächste Jahr einen Gewinn von 570 Millionen vor. Und das Machtkartell der Bundesratsparteien funktionierte wie eh und je: Grünen-Präsidentin Regula Rytz scheiterte mit ihrem Angriff auf den Bundesratspräsidenten Ignazio Cassis (FDP). Niemand ahnte, dass das für lange Zeit die letzte Session dieser Art sein sollte.

68 Frauen und Männer wurden bei den Wahlen 2019 neu in den Nationalrat gewählt, 21 neu in den Ständerat. So viele wie noch nie. Sie machten das Par-

lament jünger, weiblicher und grüner. Dann kam die Pandemie und machte die ersten zwei Jahre der Legislatur kompliziert. Die Krise stoppte – vorübergehend – auch die grüne Welle, die 2019 über Bundesbern hereingebrochen war. Inzwischen drückt Mitte-rechts der Legislatur den Stempel auf.

Für die 89 neuen Parlamentsmitglieder war es schwierig, sich im Parlamentsbetrieb im Krisenmodus zurechtzufinden – Covid-19 überlagerte alle Themen. An einen sozialen Austausch war nicht wirklich zu denken. Sessio-nen und Sitzungen fanden an langen Tischen mit zwei Metern Abstand in den tristen Hallen der Bern Expo statt.

Die Parlamentsmitglieder kehrten dann zwar wieder ins Bundeshaus zurück, mussten sich aber hinter Plexi-glasscheiben setzen, die so stark reflek-tieren, dass man niemanden erkennt. Erst im Herbst fand wieder eine Session unter normalen Bedingungen statt: Lobbyisten und Besucherinnen waren zugelassen, die Restaurants geöffnet.

Dass es unter diesen Bedingungen nur wenigen Frischgewählten gelang, sich zu etablieren, erstaunt nicht. Dazu gehören etwa Gerhard Andrey (Grüne), Jörg Mäder (GLP), Franziska Ryser (Grüne), Monika Rügger (SVP), Jon Pult (SP) oder Ständerat Benedikt Würth (Mitte) und Ständerätin Johan-



Die SP kämpft um die Vorherrschaft im linken Lager

Die Wahlen 2019 erschütterten alte Gewissheiten im linken Lager. Die Grünen kamen der SP bedrohlich nahe, nachdem sie jahrzehntelang brav deren Juniorpartner gespielt hatten. Zwar betonen die Sozialdemokraten seither bei jeder Gelegenheit: Attacken seien tabu. Doch erst kürzlich musste die SP im Ständerat erneut einen Verlust verkraften. Sie hat dort jetzt nur noch drei Sitze mehr als die Grünen. Dennoch steht die

Partei unter dem Strich besser da als nach den Wahlen. Erstens konnte sie in den Kantonen ihre Wählerverluste etwas bremsen; das ist atmosphärisch wichtig. Zweitens profilierte sie sich in der Krise als wirtschaftspolitische Stimme; mal als Vertreterin der Arbeitnehmer, mal als Stimme der Gewerbler. So gelang es ihr mehrfach, noch mehr Hilfgelder herauszuholen. Und drittens ist da ein neues Führungsduo, es weht

der viel zitierte frische Wind: Mattea Meyer und Cédric Wermuth haben von Christian Levrat übernommen. Dass die beiden programmatisch der stramm linken Linie treu bleiben – geschenkt. Aktuell können sie beim Referendum gegen die Abschaffung der Stempelsteuer aufs Ganze gehen. Personell wirkt die Partei so gut sortiert wie lange nicht mehr. Die Reihen sind geschlossen, interne Richtungstreits weit weg. (sva)

Die Grünen erkennen, dass ihr Erfolg kein Selbstläufer ist

Klimawandel, Naturschutz, Nachhaltigkeit: Die Themen spielen den Grünen eigentlich in die Karten. Aber nur eigentlich. Zwar errangen sie 2019 einen historischen Erfolg. Die Partei gewann 17 Sitze dazu, überholte die CVP und wurde viertstärkste Partei. Auch in vielen Kantonal- und Gemein-dewahlen konnten sich die Grünen behaupten. Trotzdem ist es offenbar schwierig, grüne Politik mehrheitsfähig

zu machen. Obwohl sich ein wachsender Teil der Bevölkerung für mehr Klima- und Umweltschutz ausspricht, fallen entsprechende Vorlagen durch, wie zum Beispiel die Trinkwasser- und Pestizid-Initiative sowie das CO₂-Gesetz. Letzteres war für die Grünen ein Vorzeigeprojekt; dessen Niederlage zeigte, dass die grüne Erfolgswelle kein Selbstläufer ist. Ausserdem hadert die Partei mit internen Differenzen zwi-

schen «Realos» und «Fundis», also radikalen Klimaaktivisten und gemäßigten Umweltverbänden. Ebenfalls schwierig ist es, Wähler aus der Mitte anzusprechen. Ob die Partei 2023 den Sprung in den Bundesrat schafft, ist fraglich. Die Klimapolitik bleibt jedenfalls eines der wichtigsten Themen. Davon kann die Partei weiterhin profitieren – wenn sie es denn schafft, mehrheitsfähige Lösungen zu zimmern. (nif)

Die aufstrebende GLP hat den Makel einer Elitepartei

Die Grünliberalen treffen den Zeitgeist – und erleben gerade ihre erfolgreichsten Zeiten. Bei den Wahlen 2019 wurde aus dem Grüppchen von sieben Nationalrätinnen und Nationalräten eine stattliche Fraktion mit 16 Leuten. Allerdings ist die Partei im Ständerat nicht vertreten, was ihren Einfluss schmälert. Auch bei den kantonalen Wahlen wähnt sich die Partei auf der Siegerstrasse und legte selbst in ländlichen

Kantonen wie Solothurn merklich zu. Das ist auch dringend nötig. Der GLP haftet der Ruf an, die Partei der Städter, Akademiker und Gutverdiener zu sein. Vor allem zu Beginn der Legislatur stand die Partei auch bei Volksabstimmungen oft auf der Siegerseite; beim sogenannten «Super Sunday» im Herbst 2020 gleich bei allen fünf Vorlagen. Diese Bilanz ist längst nicht mehr so makellos. Besonders schmerzhaft

für die Partei war das Nein zum CO₂-Gesetz. Die Grünliberalen profitieren vor allem davon, dass sie in der Europa-politik eine klare Haltung haben. Die Partei unterstützte das Rahmenabkommen als einzige Partei vorbehaltlos und konnte mit dieser klaren Kante sowohl bei enttäuschten Freisinnigen wie auch Sozialdemokraten punkten. Schliesslich ist auch die «Ehe für alle» eine Erfolgsgeschichte für die GLP. (dk)

